

## Die Krisenursachen werden ignoriert

Der Kern der neuen Regelungen umfasst eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP), ohne jedoch dessen grundlegende Konstruktionsfehler zu beheben, und die "makroökonomische Überwachung". Beide Instrumente werden für die Eurozone mit Sanktionen bis hin zu saftigen Strafzahlungen durchgesetzt. Mit dem verschärften SWP werden strengere Ausgabendisziplin und noch rascherer Abbau der Staatsschulden oberste Leitnorm der Wirtschaftspolitik. Dabei scheint es nicht um einen sinnvollen Abbau der hohen Schuldenbelastung - die im Übrigen nicht durch "unverantwortliche Mitgliedsstaaten", sondern durch die Folgen der Krise und Bankenrettungspakete in die Höhe geschossen ist - zu gehen, sondern de facto um einen radikalen Abbau des Staates an sich. In der jetzigen Situation so radikal und einseitig auf einen akkordierten Sparkurs zu setzen wird die europäische Wirtschaft auf Jahre (wenn nicht Jahrzehnte) schwächen und Arbeitsmarkt- sowie soziale Probleme verschärfen - was übrigens auch der IMF befürchtet. Durch die damit verbundene dauerhafte Schwächung der Einnahmenseite wird es auch zu keiner nachhaltigen Verbesserung der Schuldensituation kommen.

Mit der makroökonomischen Überwachung sollen wirtschaftliche Ungleichgewichte ermittelt und diesen gegengesteuert werden. Grundsätzlich gut und wichtig, aber: Der gewählte Ansatz an sich ist extrem ungleichgewichtig. Der Kern des neuen Instruments, eine Reihe von Indikatoren anhand derer makroökonomische Ungleichgewichte festgestellt werden sollen (Scoreboard), ist einseitig angelegt und wird den Mitgliedsstaaten eine neoliberale wirtschaftspolitische Zwangsjacke anlegen. Wiewohl die Indikatoren definitiv erst nach Beschluss der Rechtsakte unter Ausschluss der Mitwirkung des Europäischen Parlaments festgelegt werden sollen, zeichnet sich ab, dass wesentliche Ungleichgewichtsfaktoren wie Entwicklung von Lohn- und Gewinnquoten, Arbeitslosigkeit, Entwicklung der Steuereinnahmen und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage keinerlei Rolle spielen werden.

### Demokratiepolitischer Sündenfall

Bürokratische Mechanismen sollen also - anstelle des demokratischen Souveräns - über heikle wirtschaftspolitische Prioritätensetzungen entscheiden. Der Europäischen Kommission wird nun mit den neuen Instrumenten eine noch zentralere Machtposition über die Mitgliedstaaten eingeräumt. Für die Nichteinhaltung der wirtschaftspolitischen Empfehlungen und Vorgaben sind Strafzahlungen in hohem Ausmaß (jährlich 0,1% bzw. 0,2% des BIP) vorgesehen. Diese sollen mittels "reverse majority voting" - einem höchstwahrscheinlich EU-rechtswidrigem Verfahren - durchgesetzt werden. Stellt die Kommission fest, dass sie mit den wirtschafts- und budgetpolitischen Maßnahmen der Staaten nicht zufrieden ist, empfiehlt sie Strafzahlungen, die Rechtskraft erlangen, wenn der Rat sich nicht innerhalb von 10 (!) Tagen mit qualifizierter Mehrheit dagegen ausspricht. Somit erlangen die Einschätzungen von demokratisch nicht legitimierten Bürokraten über wirtschaftspolitische Fragen quasi automatisch rechtliche Wirkung und die Kommission de facto legislative Kompetenz in heiklen Fragen wirtschaftspolitischer Prioritäten.

Vor dem Hintergrund der ideologischen Ausrichtung der Kommission und der mächtigen Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen ist das fatal. Denn dort sitzen vor allem Personen, die jenen wirtschaftspolitischen Kurs vertreten, der uns in die Krise geführt hat. Nämlich: Weniger Staat und mehr Markt ist gut, hohe Staatsausgaben sind die Folge eines überbordenden Sozialstaates, und Sparpakete (und somit der Abbau des Sozialstaates bzw. des Staates insgesamt) sind die Lösung für das Problem. Die wirtschaftspolitischen Rezepte, die uns in die Krise geführt haben, sollen jetzt mit noch größerer Vehemenz angewendet werden.

Die neue Architektur wird gravierende Auswirkungen auf die Menschen in der EU haben und deren demokratische Handlungsspielräume und wirtschaftspolitische Optionen drastisch einschränken. Die Notwendigkeit verstärkter wirtschaftspolitischer Koordinierung ist - im Falle eines Binnenmarktes und einer Einheitswährung - unbestritten.

Der eingeschlagene Weg der Koordinierung wird aber die europäische Integration nicht stärken, Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion werden nicht behoben. Dieser Weg riskiert die

wirtschaftliche und politische Desintegration Europas. Die Vorschläge stellen ein einseitiges wirtschaftspolitisches Korsett dar, das die wirtschaftlichen Unterschiede in Europa vertiefen wird. Wesentliche Bausteine einer nötigen Reform, wie die effektive Regulierung der Finanzmärkte und Banken, Finanztransaktionssteuer, die Beschränkung der Größe von Banken, die Möglichkeit von Kapitalverkehrskontrollen, die Schließung von Steueroasen und die Verhinderung des Steuerwettlaufs nach unten durch die Einführung von Mindeststeuersätzen bei der Unternehmensbesteuerung sowie ein realwirtschaftlicher Stabilitäts- und Investitionspakt und regionaler Ausgleich werden weiter verhindert oder auf die lange Bank geschoben.

Es ist dringend an der Zeit, dass wir uns empören und einmischen! Es ist dringend an der Zeit eine breite öffentliche Diskussion über die am Tisch liegenden Vorschläge im Hinblick auf die EU Wirtschaftsregierung zu führen und den demokratie- und wirtschaftspolitischen Wahnsinn zu verhindern und für tragfähige wirtschaftspolitische Wege, die die europäische Integration stärken - und sie nicht gefährden - zu kämpfen.